

## "Präsident Truman will die Vereinigten Staaten auf den Weg des „gelenkten Wohlstands“ bringen" in Le Monde (26. Januar 1949)

**Legende:** Am 26. Januar 1949 kündigt die französische Tageszeitung Le Monde an, dass die Vereinigten Staaten den Weg des wirtschaftlichen Wohlstands eingeschlagen haben.

**Quelle:** Le Monde. dir. de publ. Beuve-Mery, Hubert. 26.01.1949, n° 1 244. Paris: Le Monde. "Le président Truman veut engager les Etats-Unis sur la voie de la prospérité dirigée", auteur: Pierre, Henri, p. 1; 2.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/prasident\\_truman\\_will\\_die\\_vereinigten\\_staaten\\_auf\\_den\\_weg\\_des\\_gelenkten\\_wohlstands\\_bringen\\_in\\_le\\_monde\\_26\\_januar\\_1949-de-a098fc23-2e0f-4913-9cdc-3bc36ec2a240.html](http://www.cvce.eu/obj/prasident_truman_will_die_vereinigten_staaten_auf_den_weg_des_gelenkten_wohlstands_bringen_in_le_monde_26_januar_1949-de-a098fc23-2e0f-4913-9cdc-3bc36ec2a240.html)



**Publication date:** 06/07/2016

## Die Anfänge des „Fair deal“

Präsident Truman will die Vereinigten Staaten auf den Weg des „gelenkten Wohlstands“ bringen

Von unserem Sonderberichterstatter Henri PIERRE

Washington, Januar. – Niemand wird in Amerika bestreiten, dass Trumans Wahlsieg eine wichtige Phase in der Geschichte der Vereinigten Staaten einleitet. Man wird ohne weiteres einräumen, dass das freie Unternehmertum im Sinne des neunzehnten Jahrhunderts kaum mehr als ein grundlegendes Prinzip, eine große Tradition oder vielmehr eine Geisteshaltung darstellt. In Wirklichkeit hat die Tatsache, dass die Regierung zunehmend in das Wirtschaftsgeschehen eingreift, die traditionellen Grundzüge des amerikanischen Kapitalismus weitgehend verändert. Ein neues Wirtschaftssystem bildet sich heran, das eine engere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Geschäftsleuten schaffen soll; letztere sehen nun wohl oder übel ein, dass der Moment gekommen ist, sich zu disziplinieren und die Unmäßigkeiten eines unkontrollierten Kapitalismus zu zügeln. Man bleibt jedoch der Überzeugung, dass es jetzt möglich sei, eine neue „Depression“ durch eine entsprechende Politik zu vermeiden. Oft hört man hier sagen: *“Varga hat Recht“* in Beziehung auf den sowjetischen Wirtschaftsexperten, der in Ungnade gefallen ist, da er seine Kollegen vor der offiziellen These einer *„bevorstehenden Krise in den Vereinigten Staaten“* gewarnt hat.

Man macht sich ebenfalls keine Sorgen, auch nicht in den Gewerkschaften, angesichts einiger Anzeichen von „Rezession“, die hier und da auftauchen: Verfall einiger Preise, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit in Industriezweigen mit Saisonarbeit. Dies wird alles als notwendige Korrekturmaßnahme einer Wirtschaft angesehen, in der es nicht mehr an dem Verkäufer ist zu befehlen; die Zeiten, in denen für die Industriellen alles ein Kinderspiel war, sind nun vorbei.

Wie wird die Politik der Regierung aussehen? Sie wird klar und deutlich in einem entscheidenden Dokument aufgezeigt: in dem Bericht der Wirtschaftsberater des Präsidenten, unterzeichnet von den Herren Nourse, Keyserling und Clark. Sie sind die Autoren dessen, was hier „gelenkter Wohlstand“ genannt wird. Hauptziel ist, von der Instabilität zur Stabilität überzugehen. Dabei geht es nach Ansicht der Regierung nicht darum, die Privatwirtschaft außer Acht zu lassen, die weiterhin Hauptmotor der Wirtschaft sein wird. Die Industriellen werden jedoch mehr als zuvor von Washington Ratschläge bezüglich der Investitionspolitik, der Preise und Gehälter erhalten. Nur wenn die „Geschäftsleute“ es mutwillig an gutem Willen mangeln lassen sollten, wird die Regierung direkt eingreifen.

In dieser Hinsicht sind die Erklärungen Präsident Trumans bezüglich der Erhöhung der Stahlproduktion von Bedeutung. An erster Stelle wird überprüft werden, ob ausreichende Kapazitäten für die beabsichtigte Produktion zur Verfügung stehen, um eine Wirtschaft der „Vollbeschäftigung“ aufrechtzuerhalten. Sollte dies nicht möglich sein, wird die Regierung den Firmen Mittel für eine Steigerung der Produktionsmittel vorstrecken. Wenn diese dies verweigern, wird die Regierung selbst Stahlwerke bauen.

Präsident Truman hat daher die Schlussfolgerungen der liberalen Verfechter des „New deal“ und der Gewerkschaften übernommen. Es ist jedoch schon bekannt, dass die mächtigen Feudalherren der Stahlindustrie sich heftig gegen das gewehrt haben, was sie „eine erste Etappe auf dem Weg zur Sozialisierung des Stahls“ genannt haben. Sie machen geltend, dass sie ohne Eingreifen der Regierung die Produktion auf die Rekordzahl von 98 Millionen Tonnen angehoben haben: Ihrer Ansicht nach ist die aktuelle Nachfrage ganz und gar anormal und als vorübergehend anzusehen. Die Aussicht auf eine beschleunigte Wiederaufnahme der Produktion in Europa sowie die in Bälde eintretende Sättigung des Inlandsmarktes deuten auf einen Rückgang der Nachfrage in wenigen Jahren, wenn nicht schon früher, hin. Daher sehen sie nicht ein, hohe Investitionen zu riskieren, womit sie sich offen der Regierung entgegenstellen, die die Produktion auf mindestens 110 Millionen Tonnen „pushen“ will.

Es ist also vorauszusehen, dass die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Industrie nicht ohne Reibereien vonstatten gehen wird. Truman scheint fest entschlossen zu sein, die „Wirtschaftsmogule“ die Rechnung für sein umfangreich angelegtes Programm bezahlen zu lassen. Indem er hauptsächlich von den Firmen fordert, die Milliarden an neu eingeführten Steuern zu bezahlen, will der Präsident ohne Zweifel

gegen die Inflation vorgehen. Gleichzeitig handelt er jedoch gemäß den Direktiven seiner Berater: Einführung des Programms der Sozialversicherung im Rahmen der neuen Wirtschaftsordnung, basierend auf einem höheren Verbrauch.

Die Berater des Präsidenten haben diesbezüglich präzise Vorstellungen. Die Ausgaben für den Verbrauch beliefen sich 1939 auf 70 % des Nationaleinkommens, die Investitionen auf 15 %. 1949 möchten sie die Ausgaben für den Verbrauch auf 75 % anheben und die Investitionen auf 11 % reduzieren. Darüber hinaus beabsichtigen die Wirtschaftsberater, das Investitionsprogramm in andere Bahnen zu lenken. Wenn der Anteil der Investitionen reduziert werden soll, dann zugunsten der Elektrizitäts- und Stahlproduktion und des Eisenbahnbaus. Wie sollen diese Korrekturmaßnahmen jedoch aussehen? Die Berater legen eine gewisse Skeptik an den Tag: „...Es besteht die Gefahr“, schreiben sie, „*dass die Kräfte, die eine Ankurbelung des Verbrauchs beabsichtigen, nicht ausreichend und zu unsicher sind, um die notwendigen Veränderungen herbeizuführen...*“

Daraus lässt sich schließen, dass die Regierung die Einführung von Kontrollmechanismen vorbereitet und nicht gedenkt, untätig zu bleiben; dabei ermutigt sie die organisierten Kräfte des Landes, d.h. die Industriellen, die „Arbeiterschaft“ und die Landwirte, gemeinsam Mittel und Wege zur Stärkung der Wirtschaft zu suchen, indem einerseits Gehaltserhöhungen und andererseits Gewinne begrenzt werden.

Bleibt noch dahingestellt, ob der Kongress ohne weitere Diskussion den Schlussfolgerungen des Präsidenten und seiner Berater zustimmen wird, deren Bericht eine große Besorgnis über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes widerspiegelt. Die deflationären und inflationären Tendenzen halten sich die Waage, und es ist noch schwierig vorauszusehen, welche überhand nehmen werden. Zudem muss Entwicklungen außerhalb der Vereinigten Staaten Rechnung getragen werden, die alle Elemente der Problemlage ändern könnten. Daher hat der Präsident um Befugnisse gebeten, mit deren Hilfe die Exekutive flexibler handeln könnte, seien sie nun bremsender oder beschleunigender Art. Dieser Wille zu intervenieren ist das, was am deutlichsten in einer wirtschaftlichen Situation hervortritt, die sich in einer positiven Entwicklung befindet.

Henri Pierre